

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 3. 33. Jahrg.

16. Januar 1920.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsenstr. 96-98, 111. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24, 111. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideite-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Neue Teuerungszulagen im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe. Rundschau. Hungereinnahmen. - **Allgemeines:** Zur Auswanderungsfrage, Ortsberichte: Hannover. - **Die photomech. Fächer:** Ortsberichte: Dresden, Lichtdrucker. - **Graph. Technik:** Exlibris. Eingegangene Schriften. - **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Die Beitragserhöhung und das neue Statut.

Am 4. Januar ist die vom Verbandstag in Magdeburg beschlossene Beitragserhöhung in Kraft getreten.

Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 2,- Mk., für weibliche Mitglieder 1,20 Mk. ausschließlich des örtlichen Lokalzuschlages.

Die nach § 10, Abs. 2 des Statuts seit der Münchener Generalversammlung unter die Ausnahmebestimmungen fallenden Mitglieder zahlen folgende Wochenbeiträge:

- 1,45 Mk. für Reise-, Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankenunterstützung, Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung (bisher 1,20 Mk.).
- 1,- Mk. für Krankenunterstützung, Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung (bisher 0,90 Mk.).
- 0,65 Mk. für Krankenunterstützung und Sterbegeld, ebenso die nach § 10, Abs. 3 benannten Mitglieder, wenn nach § 30, Abs. 1 nur Ansprüche auf Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung erworben werden (bisher 0,50 und 0,55 Mk.).

Das Eintrittsgeld beträgt die Höhe eines Wochenbeitrages.

In der Lehrlingsabteilung beträgt der Wochenbeitrag von 4. Januar ab 20 Pfg. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Die entsprechenden Beitragsmarken sind von uns an die Ortsverwaltungen versandt. Sollten diese irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir um Mitteilung.

Nach dem Beschlusse des Verbandstages dürfen die alten Beitragsmarken nur noch bis zum 1. Februar in den Händen der Ortskassierer bleiben. Jede Restwoche, die nach dem 1. Februar noch vorhanden ist, muß nach den neuen Beitragsätzen bezahlt werden. Die Kollegen wollen daher aus eigenem Interesse schnellstens alle bis zum 3. Januar vorhandenen Restwochen begleichen.

Die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Kollegen können ihre evtl. Restbeiträge noch zu dem alten Satze bezahlen. Diese Beitragsmarken sind von uns zu haben.

Ferner weisen wir darauf hin, daß nach den Beschlüssen des Magdeburger Verbandstages alle bisherigen Unterstützungssätze bis zum 1. April 1920 weitergezahlt werden. Erst dann treten die neuen Unterstützungssätze in Kraft.

Wir bitten alle Verbandsfunktionäre, dieses zu beachten. Im übrigen verweisen wir bezüglich des neuen Statuts auf den Artikel in Nr. 50 der 'Graphischen Presse' vom 12. Dezember, Seite 241 und auf unser Rundschreiben Nr. 1 vom 17. Dezbr. 1919.

Der Verbandsvorstand.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Briefadresse: z. Hd. des Geschäftsführers Herrn Richard Köhler,

Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

Der neue Tarif für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker ist erschienen und kann in beliebiger Anzahl durch das Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker, Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III zum Preise von 1 Mark ein Exemplar bezogen werden.

I. A.: Richard Köhler, Geschäftsführer.

Neue Teuerungszulagen im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Die gegenwärtige Steigerung aller Warenpreise stellt alles bisher dagewesene in den Schatten. War schon im Oktober vergangenen Jahres mit einem weiteren Steigen aller Warenpreise zu rechnen, so war doch nicht abzusehen, daß die Steigerung in so rapider Weise vor sich gehen würde. Einen nicht unerheblichen Anstoß zu der horrenden Steigerung der Preise gab die Regierung durch ihre Liebesgabe an die Agrarier. Die Verteuerung von Brot und Kartoffeln, unter Mithilfe der Regierung, hat zu einer Revolution auf dem Gebiete der Preise geführt. Die Regierung

Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer und der Verband der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe haben in Verfolg des Gehilfenantrages auf Gewährung einer 2. Teuerungszulage in einer am 11. Januar 1920 zu Berlin stattgefundenen Verhandlung nachstehende Vereinbarung getroffen:

Gehilfen im Alter von 18-21 Jahren erhalten 18,- Mk.,
Gehilfen im Alter von über 21-24 Jahren erhalten 21,- Mk.,
Gehilfen im Alter von 24 Jahren erhalten 25 Mk.

weitere wöchentliche Teuerungszulage.
Gehilfen in Orten unter 25000 Einwohnern erhalten in jeder Staffel 5 Mk. weniger, soweit die betreffenden Betriebe unter 20 Gehilfen beschäftigen.

Unter Protest und Vorbehalt nach dem 15. Oktober 1919 gewährte Zulagen können voll angerechnet werden.

Die Teuerungszulage ist erstmalig zahlbar in der ersten vollen Lohnwoche im Januar 1920.

Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. März 1920 mit einer Kündigungsfrist von 1 Monat und läuft, falls am 1. März eine Kündigung nicht erfolgt, von Monat zu Monat weiter.

Berlin, den 11. Januar 1920.

Dr. G. Schweitzer, Prinzipalvorsitzender.
Oscar Laib, Gehilfenvorsitzender.
Alex Czede, Geschäftsführer.

hat ganz richtig im Voraus erkannt, daß die Arbeiterschaft sich ganz energisch gegen diese neue Belastung wenden würde. Der volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung vom gleichen Gedanken erfaßt, beauftragte die Reichsregierung, auf die Landesregierungen, Gemeindebehörden und Unternehmerorganisation dahingehend einzuwirken, die Löhne und Gehälter den gesteigerten Existenzbedingungen anzupassen und auszugleichen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeiter und Unternehmer beschloß, daß die Preissteigerung von den Arbeitern nicht getragen werden kann und deshalb eine Verständigung zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter der einzelnen Berufe oder Gewerbe erfolgen müsse.

Die immer mehr um sich greifende Verteuerung aller Lebens- und Existenzmittel hat

ihre Wirkung auch auf unsere Kollegen ausgeübt. Schon während und auch nach dem Kriege von allen Arbeitern mit am schlechtesten entlohnt, mußte sich die neue Teuerung sofort bemerkbar machen. In zahlreichen Anträgen der einzelnen Mitgliedschaften kam zum Ausdruck, daß infolge der vollständig veränderten Verhältnisse die eingegangene Verpflichtung, die Lohnfrage vor dem 31. März nicht wieder aufzurollen, unmöglich eingehalten werden kann und eine baldigste Neuregelung der Löhne im Lithographie- und Steindruckgewerbe vorgenommen werden müsse. Die vollständig veränderten Existenzbedingungen führten trotz des abgeschlossenen Tarifvertrages zu spontanen Unruhen, die deutlich genug zeigen, wie schlecht es um die Existenzmöglichkeit der Gehilfen bestellt ist. Die Vorschläge, um aus diesem Zustand herauszukommen, bewegen sich vielfach um die Erhöhung des Lohnes um 50 Prozent, ganz abgesehen von den Forderungen auf eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe, um der steigenden Verelendung der Gehilfenschaft ein Paroli zu bieten.

Der Verbandsvorstand konnte und durfte sich diesem Drängen der Kollegen nach einer neuen Regelung der Löhne nicht entgegenstellen. Nach eingehender, ernster und bewegter Aussprache und Prüfung aller Umstände, insbesondere der gegenwärtigen Lage des Gewerbes, beschloß der Verbandsvorstand, der Unternehmerorganisation einen Antrag zu unterbreiten, die Teuerungszulage um 30 Mark zu erhöhen.

Dieser Antrag lag den Beauftragten der beiden Organisationen in Gemeinschaft mit dem Tarifamt am 11. Januar zur Beratung vor. In rund 14stündiger Verhandlung suchte der Tarifausschuß einen Weg zu finden, um den Wünschen und Forderungen der Gehilfen gerecht zu werden. Eingangs der Verhandlungen erklärte der Vorsitzende der Unternehmer, daß die Prinzipale eine Verteuerung anerkennen, daß es ihnen aber schwer falle den Wünschen der Gehilfen Rechnung zu tragen, weil sie auf der Basis der Verhandlungen vom Oktober ihre ganze Kalkulation der Produktion aufgebaut hätten und nicht in der Lage seien und es auch unmöglich wäre, die laufenden Lieferungsverträge mit einer weiteren Erhöhung der Löhne in Einklang zu bringen. Die im Oktober gegebene Zulage sei um deswillen so hoch ausgefallen, und viele Gehilfen hätten das anerkannt, weil man Ruhe im Gewerbe schaffen und seiner Entwicklung die Bahn frei machen wolle. Die neue Erhöhung der Löhne könne sich nur auf der Basis der von der Zentralarbeitsgemeinschaft festgesetzten Höhe bewegen.

In groß angelegter Rede vertrat Kollege Haß die Forderung der Gehilfenschaft, die vom Verbandsvorstand auf 30 Mark pro Woche normiert war. Schon die Forderung der Gehilfen bei den Tarifverhandlungen, die Löhne in gewissen Zeitabständen einer Nachprüfung zu unterziehen deutet darauf hin, daß mit ständig steigenden Warenpreisen gerechnet wurde. Wenn wir uns im Oktober dazu verhalten ließen auf eine Nachprüfung der Löhne zu Beginn des Jahres zu verzichten, so in der Annahme, daß die Warenpreise so ziemlich

den höchsten Stand erreicht hätten. Die Tatsachen reden eine andere Sprache. Unter Verwendung eines geradezu erdrückenden Beweismaterials stellte Kollege Haß fest, daß die Steigerung der Preise einer Revolution gleichkommt und die Begriffe, die bei den Tarifverhandlungen allgemein gültig waren, heute als überlebt über Bord zu werfen sind. Wenn sich die Regierung nicht scheut, einfach die Preise so kolossal zu steigern, haben die Arbeiter keine Veranlassung davon abzusehen, ihre Löhne mit den Preisen in Einklang zu bringen.

Daß durch solche Ereignisse Unruhe in die Betriebe kommt und die Unternehmer des graphischen Gewerbes in Schwierigkeiten geraten, wird von den Gehilfen voll anerkannt. Es ist deshalb zu erwägen, ob es nicht ratsam ist mit dem Wirtschaftsministerium Rücksprache darüber zu nehmen ob es nicht möglich ist in solchen außergewöhnlichen Fällen einen Ausgleich zu finden, zumal auch noch andere Gewerbe in ähnlicher Notlage sich befinden. Redner faßt seine Ausführungen dahingehend zusammen, daß in der Lohnfrage ein erheblicher Schritt nach vorwärts getan werden muß, soll nicht alle Gemeinsamkeitsarbeit schwer gefährdet werden.

In der folgenden Aussprache wird von Unternehmenseite immer wieder betont, daß die Forderung der Gehilfen unmöglich erfüllt werden kann, während die Vertreter der Gehilfen unter Verwendung einwandfreien statistischen Materials darauf verweisen, daß die vom Verbandsvorstand gestellte Forderung zu niedrig sei, auf keinen Fall aber unter die gestellte Forderung gegangen werden könnte. Die in verschiedenen Städten aufgestellten Forderungen einer Teuerungszulage von 50 Prozent reden eine deutliche Sprache von der trostlosen Lage der Gehilfen, daß keine Rede davon sein kann noch unter die Forderung von 30 Mk. zurück zu gehen. Von durchschlagender Kraft sind die vom Kollegen Ullrich zum Vortrag gebrachten Haushaltstatistiken, aber auch die Beweisführung der übrigen Kollegen, und es gehen alle Vertreter der Gehilfen ins Geschirr, versagen nicht ihre Wirkung.

Nach einer Sonderberatung der Unternehmer wird den Gehilfen folgender Vorschlag unterbreitet: Die zu gewährenden Teuerungszulagen sind gleich den im Oktober gegebenen nach Altersklassen zu staffeln und dabei die Ortszuschläge zu berücksichtigen. Erhalten sollen Gehilfen im Alter in Orten mit

Ortszuschläge	18—21,	21—24,	über 24 Jahre
7 1/2 %	7 Mk.	9 Mk.	12 Mk.
15 "	8 "	10 "	13 "
20 "	9 "	11 "	14 "
25 "	10 "	12 "	15 "

Die Teuerungszulage ist erstmalig zahlbar in der Woche, in die der 20. Januar fällt. Hamburg, das höhere Löhne jetzt zahlt, soll durch Ausgleich mit Berlin in Einklang kommen, um konkurrenzfähig zu sein.

Nach kurzer Sonderberatung erklären die Gehilfen, daß das gemachte Angebot unannehmbar ist, jedoch eine Stafflung nach Altersklassen grundsätzlich anerkannt wird. Dagegen wird die Stafflung der Teuerungszulagen nach der Einwohnerzahl der Orte grundsätzlich abgelehnt, weil den kleinen Orten im Tarif genügend Entgegenkommen gezeigt wird. Für die besondere Beachtung der kleinen Orte und Städte treten warm die Herren Budwig und Messing ein, während von Gehilfenseite von den Kollegen Kieß und Leinen auf die Ungerechtigkeit dieser Forderung hingewiesen wird.

Zu Beginn der Nachmittagsberatung macht Kollege Haß im Namen der Gehilfenvertreter folgenden Vorschlag. Erhalten sollen Gehilfen im Alter von

18—21 Jahren	24 Mk.;	21—24 Jahren	27 Mk.
	und über 24 Jahre		30 Mk.

Die Unternehmer können diesen Vorschlag nicht als Angebot betrachten. Herr Hagelberg begründet nochmals die Stellungnahme der Unternehmer eingehend. Die Leistungsfähig-

keit der Unternehmer hänge von den Leistungen der Arbeiter ab. Nur wenn der Arbeiter etwas leiste, könne der Prinzipal entsprechende Löhne zahlen. Daß im Oktober gegebene Versprechen der Gehilfenvertreter, daß bei einer entsprechenden Zulage auch die Leistungsfähigkeit steige, sei nicht eingelöst worden. Die Gehilfen können mit Recht dem gegenüber darauf verweisen, daß trotz des verschlechterten Materials die Leistungen des Friedensstandes erreicht sind. Diese Leistungsfähigkeit des Arbeiters sei aber nur möglich, wenn er in der Lage ist, seine Arbeitskraft tagtäglich neu zu reproduzieren.

Nach langer Sonderberatung der Unternehmer wird den Gehilfen nachstehendes letztes Angebot gemacht. Es sollen erhalten Gehilfen im Alter von

18—21 Jahren	15 Mk.;	21—24 Jahren	20 Mk.
	und über 24 Jahre		25 Mk.

Nach dem 15. Oktober gewährte generelle Zulagen können zur Hälfte, unter Protest oder Vorbehalt gegebene Zulagen können voll zur Anrechnung auf genannte Teuerungszulagen kommen. In Orten ohne Ortszuschlag beträgt die Zulage 5 Mark weniger als vorgenannte Sätze. In Hannover sind infolge früher gegebener, höherer Zulagen 5 Mark in Anrechnung zu bringen. Als Kompensation für dieses außergewöhnlich hohe Angebot fordern die Unternehmer die Beseitigung der verkürzten Arbeitszeit an den Tagen vor hohen Festen.

Auch dieses Angebot können die Gehilfenvertreter nicht annehmen. Die Veränderung der Arbeitszeit ist undiskutabel. Dagegen findet der Höchstsatz von 25 Mark pro Woche Lohnzulage, wenn auch schwer, doch Zustimmung. Jedoch die Spannungen zwischen den einzelnen Altersklassen sind zu groß und wird verlangt statt 15 Mark 18 zu setzen und anstatt 20 Mk. 21 Mk. zu geben. Die Anrechnung der generell gewährten Lohnzulagen wird abgelehnt, dagegen anerkannt, daß die unter Protest oder Vorbehalt gegebenen Lohnerhöhungen voll zur Anrechnung kommen. Auch der Vorschlag, den Städten ohne Ortszuschlag zu gewähren, eine um 5 Mark niedrigere Teuerungszulage zur Auszahlung zu bringen, findet nicht die Zustimmung der Gehilfenvertreter.

Endlich in später Abendstunde ist die Möglichkeit zu einer Verständigung gefunden. Festgesetzt werden an Teuerungszulagen für Gehilfen im Alter von

18—21 Jahren	18 Mk.;	21—24 Jahren	21 Mk.
	über 24 Jahre		25 Mk.

Unter Protest oder Vorbehalt gegebene Zulagen können voll zur Anrechnung kommen. Die Betriebe in Orten ohne Ortszuschlag und mit weniger als 20 beschäftigten Gehilfen können eine um 5 Mark niedrigere Teuerungszulage gewähren. Die genaue Formulierung der getroffenen Vereinbarung finden die Kollegen als Bekanntmachung des Tarifamtes auf der ersten Seite der Zeitung.

Die durch die Verhandlungen zustande gekommene Lohnerhöhung bringt nicht ganz das als notwendig erkannte. Trotzdem ist es wieder ein Schritt nach vorwärts und geeignet, in etwas der Teuerung zu begegnen. Wir vergessen dabei auch nicht die Schwierigkeiten der Unternehmer, für die gegebene Lohnerhöhung einen gerechten Ausgleich zu finden. Unser Gewerbe, bis zu einem gewissen Grade Luxusgewerbe, kann die Preise seiner Produkte nicht beliebig steigern, wenn noch auf Massenkonsum Wert gelegt wird. Auch steht zu erwarten, daß der Lohnerhöhung ein Produktionsrückgang folgt. Doch das muß eben mit in den Kauf genommen werden.

So schwer auch im Augenblick die Erhaltung des Gewerbes, wie die einer leistungsfähigen Gehilfenschaft sein mag, so darf doch niemals vergessen werden, daß darin die ganze Zukunft begründet liegt. An die Ausübung eines Kunst- und Luxusgewerbes werden sowohl in Geschmack wie an technischem Können so hohe Anforderungen gestellt, daß nur eine besondere Bezahlung die Kräfte hierfür frei macht. So-

lange jedoch die Entlohnung dieser Arbeiter über den Durchschnitt der Entlohnung nicht hinausragt oder gar noch darunter geht, steht zu befürchten, daß noch weitere Abwanderungen in andere Gewerbe erfolgen. Und wenn erst der bald in Aussicht stehende Zustand eingetreten sein wird, daß Kleidung und Schuhwerk vollständig aufgebraucht ist, dann wird ein weiterer Schritt nach vorwärts in der Lohnlage erfolgen müssen, auch wenn die Lebens- und Existenzmittelpreise um keinen Pfennig gestiegen sind. Wir müssen mit Nachdruck darauf verweisen, daß die Erhaltung einer tüchtigen Gehilfenschaft die erste Voraussetzung dafür ist, wenn man den Weltmarkt mit Qualitätsware wieder erobern will. Wer dem Aufblühen des Gewerbes das Wort redet und es wieder auf seine alte Höhe bringen will, der darf auch nicht davor zurückschrecken, großzügige Gewerbe- aber auch Lohnpolitik zu betreiben.

Rundschau.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang stieß unsern Kollegen *Bruno Teichgräber*, zurzeit in Kassel, zu. Teichgräber, der in Kassel als Offsetmaschinenmeister keine Stellung finden konnte, wurde bei der Bahn als Rottenarbeiter eingestellt. Am 8. Dezember wurde seinem Leben durch Überfahren ein Ende gemacht. Teichgräber, geboren in Leipzig und Mitglied des Verbandes seit 1898, hinterläßt eine Witwe mit drei unmündigen Kindern.

Neue deutsche Briefmarken. Zur Erlangung guter Entwürfe für neue Briefmarken veranstaltet das Reichspostministerium einen allgemeinen öffentlichen und einen beschränkten Wettbewerb. Die Bedingungen für den allgemeinen Wettbewerb, der mit Preisen im Gesamtbetrag von etwa 14 000 Mk. ausgestattet ist, können beim Reichspostmuseum, Berlin W 66, Leipziger Straße 15, brieflich bestellt oder persönlich entnommen werden. Die Entwürfe müssen bis spätestens 2. Februar 1920 beim Reichspostministerium vorliegen.

Industrieorganisation in dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Zwischen den Verbandsvorsitzenden der Brauerei- und Mühlenarbeiter, des Bäckerverbandes, der Gastwirtegehilfen und des Fleischerverbandes fand am 13. Dezember in Berlin eine Aussprache über einen zu schaffenden Nahrungs- und Genußmittelindustriearbeiterverband statt.

Einigkeit bestand darüber, daß die Entwicklung der heutigen Zeit dahin geht, große leistungsfähige Industrieverbände zu schaffen. Für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe könne eine derartige Organisation aber nur dann zustande kommen, wenn alle in Frage kommenden Berufsgruppen sich an einer Schaffung eines Industrieverbandes beteiligen. Die Vertreter der vier Verbände erklärten sich im Prinzip damit einverstanden, daß für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe eine Industrieorganisation geschaffen wird. In der ersten Hälfte des Monats März soll eine offizielle Konferenz der vier in Frage kommenden Gewerkschaften sich mit der Schaffung eines Industrieverbandes befassen.

Hungergewinne?

Von Rudolf Wissell.

Die Regierung schreitet zu einer Neuregelung des Außenhandels, um dem Ausverkauf Deutschlands entgegenzuwirken. Die Außenhandelsstellen sollen auf einen dem Valutastande entsprechenden Preis der Waren bei der Ausfuhr hinwirken. Der Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium Hirsch hat am 19. Dezember in einem Interview dem Berliner Tageblatt auseinandergesetzt, wie die Sache gemacht werden solle. Die Frage, ob nicht die Befürchtung bestehe, daß in den Kreisen der Arbeiterschaft gewisse Einwände gegen die Begünstigung des Privatunternehmers durch den bei einer Anpassung der Ausfuhrpreise an den Weltmarktpreis zu erzielenden großen Preisaufschlag gemacht würden, hat er verneint. Dieser Befürchtung stehe die Tatsache entgegen, daß auch von den durch Außenhandelsstellen exportierten Waren ein gewisser Betrag als Abgabe erhoben werde und sozialen Zwecken zugeführt werden solle.

Ich sehe ganz davon ab, daß die Außenhandelsstellen nicht exportieren werden, sondern im wesentlichen nur auf eine angemessene Preisstellung der deutschen Ausfuhrware hinzuwirken haben — was dringend geboten ist. Die Antwort Hirschs besagt, daß die durch eine angemessene Preisstellung zu erzielenden großen Valutagewinne den Exporteuren zufließen sollen und nur, abgesehen von einer die Unkosten der Außenhandelsstellen deckenden Abgabe, ein gewisser Betrag sozialen Zwecken zugeführt werden soll. Dementsprechend ist denn auch die am Nachmittag des letzten Tages des Zusammenseins der Nationalversammlung im Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung beratene Verordnung des Wirtschaftsministeriums gehalten gewesen. Diese Verordnung fand die Zustimmung des erwähnten Ausschusses, nachdem die

nachstehend erwähnten Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt wurden. Der sich in der Ablehnung dieser Anträge dokumentierende Geist der bürgerlichen Parteien — auch der zur Regierung gehörenden — der Geist des Verdienens um jeden Preis, des Verdienens unter Beiseitelassung aller sittlichen und moralischen Grundsätze, ist zu ungeheuerlich, als daß er nicht öffentlich an den Pranger gestellt werden müßte.

Wie ist die Sachlage? Je tiefer der Stand unserer Valuta, desto teurer die Preise im Auslande für unsere Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr. Je tiefer der Stand unserer Valuta, mit um so geringeren Mitteln kann das Ausland deutsche Waren kaufen. Nie war dem deutschen Volke das Leben so teuer, wie heute, und nie war das Leben in Deutschland dem Ausländer so billig, wie heute. Zu wahren Spottpreisen, gemessen am Werte ihres eigenen Geldes, erhalten die Ausländer heute die deutschen Waren. Ich brauche über diesen Ausverkauf Deutschlands an dieser Stelle kein Wort zu sagen, er ist zu bekannt und zu ruinös, als daß er geduldet werden könnte. Der nackte Selbsterhaltungstrieb zwingt uns, unsere Ausfuhr — und wir müssen ausführen, um das zum Leben Notwendigste wieder einführen zu können — zu Preisen geschehen zu lassen, die sich den Weltmarktpreisen anpassen; wie, ist die Frage. Durch Zölle und Abgaben ist das Ziel nicht zu erreichen. Nach dem Friedensvertrag dürfen wir nur Zölle erheben, die für alle Länder gleich sind. Der Zoll nach Österreich und den Vereinigten Staaten, der nicht nur nach dem Stande ihrer Valuta ärmsten und reichsten Ländern der Welt, müssen sich gleich sein. Ein Zoll ist auch viel zu starr und kann sich den in kürzester Zeit erfolgenden Schwankungen der Valuta nicht anpassen. Eine Preiskontrolle und -regelung erscheint nur durch die sachverständig und paritätisch zusammengesetzten Außenhandelsstellen möglich. Es kann nicht allzuschwer sein, für die einzelnen Positionen des deutschen Zolltarifs die Preise in den einzelnen Ausfuhrländern zu ermitteln und darnach die Angemessenheit der deutschen Preise bei der Ausfuhr zu prüfen. Wer nicht diesen Preisen entsprechend die der auszuführenden Waren bemißt, darf keine Ausfuhrerlaubnis erhalten. Die Entscheidung hierüber sollen die Außenhandelsstellen erhalten. Soweit, so gut. Diesem Ziel der Regierungsvorlage kann man also glatt zustimmen. Doch nun entsteht die wichtige Frage, wer soll denn nun die bei der Ausfuhr durch den Tiefstand unserer Valuta erwachsenden im Jahre in die Milliarden gehenden Riesengewinne erhalten. Der Exporteur — sei es nun der Kaufmann oder der Produzent selbst? Welchen Rechtstitel kann er für einer im buchstäblichsten Sinne des Wortes: aus der Not des ganzen Volkes erwachsenden Gewinn anführen; für einen Gewinn, der um so größer ist, je größer die Not des Volkes ist? Und je tiefer die Valuta sinkt, desto höher die Preise für Rohstoffe und die dringlichsten Lebensmitteleinfuhren und um so größer die Gewinne bei einer zweckmäßig geregelten Ausfuhr. Und wenn ein Rechtstitel auf solche Gewinne bestände — doch er besicht nicht — dann müßte er, als im Widerstreit stehend mit dem elementarsten Rechtsempfinden des Volkes, geändert werden.

Diese Gewinne in die Hand der Exporteure zu legen, in etwas nur begrenzt durch einen gewissen Betrag für soziale Zwecke, stellt eine so ungläubliche Maßnahme dar, ist so skandalös, heißt alle Volksinteressen so maßlosem Profitinteresse zu opfern, daß man derartiges trotz allem, was man heute beim Tanz ums goldene Kalb erlebt hat, für undenkbar halten sollte. Deshalb haben unsere Genossen im volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung einmütig beantragt, die Valutagewinne bei der Ausfuhr, neben der Inanspruchnahme für soziale Zwecke, zur Überbrückung der durch den Tiefstand der Valuta erwachsenden Einfuhrhindernisse zu verwenden. Das heißt also: Was wir gewinnen bei der Ausfuhr soll zur Verbilligung der Rohstoffe und der Lebensmittel und damit für eine Preissenkung der Massenbedarfsartikel des Volkes verwendet werden. So könnte zu einem wesentlichen Teile der Tiefstand der Valuta paralytisch werden. Und dazu können die seit neun Monaten den Gegenstand des Streites, als eines Organs meiner Planwirtschaft, bildenden und nunmehr als absolut nötig anerkannten kombinierten Ein- und Ausfuhrstellen der Wirtschaftszweige die einzige Handhabe bieten. Ein solcher Weg erscheint so naheliegend, so aus der Not des Volkes geradezu herauswachsend, so in sich begründet, daß die glatte Annahme des diesbezüglichen Antrages unserer Genossen im volkswirtschaftlichen Ausschusse der Nationalversammlung hätte erwartet werden müssen.

Diese Annahme war falsch. Der Antrag ist gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt worden, und damit ist den Exporteuren dieses milliardenfache Blutgeld, an dem der Hunger und die Not der Armen klebt, gelassen worden. Wohl in einem Rest von Schamgefühl verschweigt der Berichtserstatter des Berliner Tageblatts in seinem Bericht über die Sitzung des Volkswirtschaftsausschusses diesen Antrag und damit auch seine Ablehnung.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparter des Berufes.

Zur Auswanderungsfrage.

Man darf sich nicht darüber verwundern, wenn unter der deutschen Arbeiterschaft der Wunsch immer lebhafter wird, den gegenwärtigen, unzulänglichen Verhältnissen zu entinnen und Unterkunft in einem anderen Staate zu suchen. Der Wille, auszuwandern, und in einem anderen Lande sein Glück zu versuchen, ist so stark, daß aus diesem Umstand schon eine Reihe Institute entstanden sind, die dem Auswanderungslustigen, natürlich gegen Entgelt, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Trotzdem auch eine Reihe neutraler Länder ihre Grenzen fest gegen einwandernde Arbeiter abgesperrt haben, liegen doch schon Meldungen von Ausgewanderten vor, nach denen es geraten scheint, solchen Auskünften gegenüber recht vorsichtig zu sein. Da zu erwarten steht, daß nach Eintritt des formellen Friedens die Einwanderungsdrücken auch der überseeischen Länder fallen werden und auch die Heimat der Auswanderung nicht allzu große Schwierigkeiten in den Weg legen wird, dürfte der Wille zur Auswanderung noch mehr wachsen.

Daß sich auch in den Kreisen unserer Kollegen eine Reihe mit dem Gedanken der Auswanderung tragen, dürfte bekannt sein. Dabei ist der Wunsch, vorherrschend, wenn irgend möglich, wieder im Beruf ein Unterkommen zu finden. Um nun unsern Kollegen in der Beurteilung der außerdeutschen Berufsverhältnisse behilflich zu sein, wollen wir, soweit die Möglichkeit vorliegt, über die Lage der Kollegen im Auslande berichten. Ein günstiger Wind hat uns eine Zuschrift auf den Redaktionstisch flattern lassen, die eine Warnung an alle auswanderungslustigen Kollegen nach Brasilien sein will.

Uns wird geschrieben: Durch Zeitungsmeldungen und private Berichte aus Deutschland und Österreich sind wir unterrichtet worden über in Aussicht stehende Massenauswanderung aus jenen Ländern. Propaganda als Einwanderungsland wird auch für Brasilien gemacht. Es sei deshalb hier ansässigen Kollegen deutscher Sprache gestattet, in kurzen Zügen die hier herrschenden Verhältnisse in unserer Branche zu schildern, um eventuell aufs geradewegige hier zureisenden Berufsgenossen vor bitterer Enttäuschung zu bewahren.

Die Hauptstütze des graphischen Gewerbes befinden sich in Rio de Janeiro und Sao Paulo, den beiden größten Städten des Landes. In den, teilweise deutschsprachlichen, Gebieten der Südstaaten (Paraná, Santa Catharina und Rio Grande do Sul) befinden sich nur hier und da kleine, kleinste Buden, gewöhnlich mit nur einem Lithographen, welcher außer allen vorkommenden Arbeiten in verschiedenen Fällen womöglich noch Umdrucker und Maschinenmeister zugleich sein muß. Im nördlichen Teil Brasiliens befinden sich größere Geschäfte nur in Bahia, Pernambuco und Para (Balem). Doch nach diesen Orten ist nur abzuraten, da infolge ihrer klimatischen Verhältnisse jene Städte eine wahre Auslese aller tropischen Erkrankungen, wie Sumpffieber gelbes Fieber, schwarze Pocken, Beri-Beri und selbst Pest darstellen. Bleiben also noch Rio de Janeiro und Sao Paulo übrig. Die Verhältnisse sind hier alles weniger als günstig. Anfang 1914 setzte hier eine starke wirtschaftliche Krise ein. Viele arbeitslose deutsche Kollegen hatten bereits das Land verlassen als der Krieg ausbrach. Die Arbeitslosigkeit der besserbezahlten Kollegen nahm einen noch nie dagewesenen Umfang an. Die Löhne wurden bei steigender Verteuerung der Lebensmittel und aller Gebrauchsgüter gedrückt. Gar mancher Berufskollege mußte, nach Aufzehrung seiner geringen Ersparnisse, irgendwelche schlechtbezahlte Tätigkeit verrichten, um nicht zu hungern. Erst Mitte 1916 hob sich langsam die Krise. Die Unternehmer beherrschen das Feld. Der starke Zudrang zu einem früher gut bezahlten Berufe machte sich in seinen Folgen bemerkbar. Zahlreiche Lithographen, Umdrucker, Maschinenmeister, Typographen usw. wurden gleichsam aus der Erde gestampft. Eine geregelte Lehrzeit kennt man hier nicht. Der Nachwuchs rekrutiert sich aus ehemaligen Hilfsarbeitern. Doch im allgemeinen genügt diese Leistungsfähigkeit. Das einzige Geschäft, daß noch vorwiegend Deutsche beschäftigt, ist die lithographische Anstalt Hartmann & Reichenbach, Sao Paulo, jetzt Comp. Lith. Ypiranga genannt. Die Zahl der bei gutem Geschäftsgang dortselbst beschäftigten Lithographen betrug bis über 40, jetzt ist sie auf 20 bis 25 gesunken. In Rio de Janeiro liegen die Verhältnisse noch ungünstiger. Selbst tüchtige Kräfte waren immer als arbeitslos vorhanden. Die Lithographen sind fast ausschließlich auf Hausarbeit angewiesen, weil selbst die größten Firmen keine Lithographen beschäftigen. Ständiger Preisdruck ist deshalb an der Tagesordnung.

Der durchschnittliche Lohn beträgt 375 Milreis pro Monat. Die hier herrschenden Lohnverhältnisse fallen um so mehr ins Gewicht, weil die

Lebensmittel seit 1914 im Großhandel um mehr als das Doppelte gestiegen sind, im Kleinhandel bis um das Dreifache. Hinzu kommt noch, daß es den Anschein erweckt, als setze wieder eine Krise ein, denn zurzeit sind hier 81 arbeitslose am Platze und die Steindruckereien arbeiten zum größten Teil mit vermindertem Personal.

Nun noch einiges über die gewerkschaftliche Organisation. Der im Jahre 1912 in Sao Paulo von deutschen Kollegen gegründete Graphische Verband für Brasilien versprach das Beste. Er war auf zentralgewerkschaftlicher Grundlage aufgebaut. Verschiedene Zahlstellen wurden gegründet. Nachdem der Anschluß an das Internationale Sekretariat für Lithographen und Steindrucker vollzogen war, mußten auf Beschluß des internationalen Kongresses zu Wien 1913 landessprachliche Kollegen aufgenommen werden und der Verband wurde in Syndicato Graphico do Brasil umgetauft. Dadurch erhielten die Landessprachlichen die Mehrheit und es gelang ihnen den Zentralverband zu sprengen. Die Idee der Lokalvereine faßte Fuß und führte in Rio de Janeiro zur Gründung der Associaçao Graphico do Rio de Janeiro. Auch in Sao Paulo wurde das Syndicato do Brasil in einen Lokalverein mit Namen Union Graphico Sao Paulo umgewandelt.

Eigenartige gewerkschaftliche Praktiken, die wiederholt bei Lohnstreikigkeiten und Streiks zu kläglichen Zusammenbrüchen führten, waren die Veranlassung dazu, daß sich die deutschen Kollegen fast ganz vom Verbandsleben zurückzogen. Hinzu kam noch, daß man 13 bis 14jährigen dieselben bestimmenden Rechte einräumte wie den älteren und erfahreneren Arbeitern.

Der versuchte Abschluß eines Tarifes stieß auf den Widerstand des gutorganisierten Unternehmertums. Der eingeleitete Streik wurde mit Aussperrung beantwortet und endete mit einer Niederlage der Arbeiter.

Auswanderungslustige Kollegen, die den Mut haben nach hier zu kommen, können ja bei eintretender Not noch immer (wie viele Kollegen vor ihnen während der Krise es tun mußten) als Kolonist in das Innere des Landes gehen und Mais und Bohnen bauen. Arbeitslose Kollegen, die darin bereits Erfahrungen besitzen, werden ihren gern mit Rat zur Seite stehen, falls es ihnen bis dahin noch nicht gelungen sein sollte, das Fahrgeld zusammen zu haben, um wieder in die Heimat zurückkehren zu können.

Ortsberichte.

Hannover. Die nach dem Volkshaus einberufene Versammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben des Kollegen Otto Garbe, dem als langjähriges, treues Mitglied des Verbandes aufrichtige Worte des Andenkens gewidmet wurden.

In seiner Einleitung zum Punkt: Bericht vom Verbandstag, gab Kollege Peter rücksehend eine Darstellung über die Entwicklung der Organisation und berichtete dann über die Generalversammlung in Magdeburg im Sinne des Berichtes der „Graphischen Presse“. Ein riesiger Erfolg sei durch die Einführung der Zwangsorganisation zu verzeichnen in dem die Mitgliederzahl auf 17000 gestiegen ist. Dieses Steigen der Mitgliederzahl des Verbandes zeigt besonders den Unternehmern, welche Macht die Gewerkschaften darstellen. Der Antrag der Zahlstelle Hannover auf Einführung getrennter Kassenführung war wegen kassentechnischen Schwierigkeiten und undurchführbar. Dagegen fand der Antrag, Invalidenunterstützung bis zum Tode des invaliden Kollegen zur Auszahlung zu bringen, Annahme. In der Lehrlingsfrage sei ein intensives Mitarbeiten aller Gehilfen notwendig, wollen wir unsere Lehrlingsabteilung fördern und tüchtige Gehilfen heranbilden. Die Schaffung des Graphischen Bundes mit seinen Leitsätzen wurde dargelegt und die Forderung daran geknüpft, graphische Kartelle ins Leben zu rufen.

Die wichtige Frage „Rätesystem“, erläuterte Redner eingehend unter Darlegung der Ansichten des Referenten sowie Korreferenten.

Die Diskussion brachte eine Aussprache über die gelben Verbände in Verbindung mit Anhang I des Tarifes, Organisationszwang, und die zukünftige Kassenführung. Ferner wurde das persönliche „Ich“ des ehemaligen Redakteurs der „Graphischen Presse“ kritisiert und zum Ausdruck gebracht, daß seine Schreibweise vielfach nicht zum Nutzen der Kollegen war.

Unter „Verschiedenes“ fand eine längere Aussprache über das Verhalten einiger lediger arbeitsloser Kollegen statt und die Mißstände in der Firma Scherrer wurden kritisch beleuchtet. Nach Bekanntmachung der Technischen Kommission findet in nächster Zeit ein Vortrag über Offsetdruck statt.

W. H.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Dresden, Lichtdrucker. In der am 10. Dezember 1919 stattgefundenen, gutbesuchten Versammlung berichtete der Kreisvertreter, Kollege Ulbrich in sachlicher Weise über die gepflogenen Verhandlungen

in Lichtdruckwerke. Eine Schilderung des Vertrages der Herren Werkmeister (Graphische Gesellen) über Preisberechnungen gab gute Einblicke in die Behandlung dieser Materie und wurde von den Kollegen gut aufgenommen. Den Unternehmern jedoch dürfte die Sache sehr unangenehm sein.

Die geforderte Lohnerhöhung von 30 Prozent entfachte einen heißen Kampf. Die Unternehmer wollten für Schwarzdrucker nur 10 Mk. und für Buntdrucker 15 Mk. zahlen. Die Gehilfen konnten auf dieses Angebot nicht eingehen und so wurden die Verhandlungen abgebrochen. Am andern Tage streckten die Unternehmer einen Fühler aus und boten für Schwarz 10 Mk. und für Bunt 20 Mk. Ferner vom 1. Januar 1920 ab weitere 5 Mk. für Schwarz. In Berücksichtigung der Sachlage stimmten unsere Vertreter dem Angebot zu. Außerdem wurde Dresden und Leipzig in die Klasse A der Ortszuschläge versetzt, und dadurch der Mindestlohn der über 24 Jahre alten Kollegen um 3,50 Mk. pro Woche gesteigert.

In der folgenden Aussprache erklärten sich die Anwesenden mit dem Ergebnis der Verhandlungen nur dann einverstanden, wenn in nächster Zeit eine neue Revidierung der Löhne vorgenommen wird, damit die Löhne endlich in Einklang mit den ungeheuer gestiegenen Lebens- und Existenzbedingungen gebracht werden.

Unter Verschiedenes wird gerügt, daß sich ein Teil Kollegen geweigert hat, die ausgegebenen Statistikformulare auszufüllen. Die betreffenden Kollegen scheinen nicht zu wissen, daß ein solches Verhalten jede genaue Erhebung unmöglich macht. Anfragen eines Kollegen aus Zöblitz über Organisationsfragen zeigen, unter welder rückständigen Verhältnisse die dortigen Kollegen arbeiten und so der Schmutzkonzurrenz Vorstoß leisten.

Mit einem Appell an alle, auch im kommenden Jahre recht rege an der Verbandsarbeit teilzunehmen, schloß Kollege Ulbrich die Versammlung.

Graphische Technik.

Vom Exlibris.

Eine Bücherei ist der geistige Schmuck des Hauses. Der Liebe zum Buch stand aber nicht immer die Freude am schönen Buch zur Seite. Nur in Zeiten aufsteigender Liebe zum schönen Buch wurde der Buchausstattung und dem Bucheinband besondere Pflege zugewandt. Zum künstlerischen Buchschmuck zählt auch das Exlibris*). Es ist ein Bestandteil des Buches und soll, indem es den Namen des Buchbesitzers in künstlerischer Form trägt, vor Enteignung schützen und den Entleiher an den rechtmäßigen Eigentümer des Buches erinnern. — Schon im Altertum ist es üblich gewesen, die Pergamentrollen durch besondere Zeichen kenntlich zu machen. Auch in mittelalterlichen Klöstern herrschte die Sitte, das geschriebene Buchwerk als Eigentum einer bestimmten Person oder Gemeinde handschriftlich (auch handgemalt) zu kennzeichnen. Doch erst mit der Erfindung des Bild- und Buchdrucks wird das Exlibris künstlerisch durchgeführt und mit dem Bucheinband durch Einkleben auf den vorderen Spiegel der Einbanddecke, verbunden. Das gedruckte Bucherzeichen im Sinne der heute üblichen Blätter hat seine Heimat in Deutschland und entspricht dem alten germanischen Brauch, kosibaren Gegenständen ein Eigentumszeichen aufzuprägen. So ist auch die Freude zu verstehen, die der Bücherfreund empfindet, wenn er ein Buch

seiner Sammlung aufschlägt und ihn auf der inneren Einbandfläche sein Besitzzeichen begrüßt. Es gibt dem Buch einen wertvollen persönlichen Reiz und zeigt oft die Versinbildlichung des Geistes einer Bücherei und ihres Besitzers.

Zeiten verfeinerter Lebenskunst und hoher Kultur waren auch künstlerische Glanzzeiten für das Exlibris. Die kraftvolle Renaissance war seine erste große Blütezeit. Albrecht Dürer und seine Schule, ebenso Meister wie Lukas Cranach, Burgkmaier, Holbein und viele andere widmeten sich zuweilen dieser Kleinkunst und schufen ansprechende Blätter. Hauptsächlich waren es jedoch bedeutende Kleinmeister, die das Exlibris ressam pfliegten. Aus ihrer Hand sind uns sehr anmutige und phantasievolle Bücherzeichen erhalten. Im siebzehnten Jahrhundert sinkt die Exlibriskunst, erlebt aber im achtzehnten Jahrhundert eine schöne Nachblüte, die uns u. a. schöne Blätter des vollstümlichen Meisters Chodowiecki bringt. Nachdem ist das Exlibris fast ganz vergessen und erst in den 70er und 80er Jahren des neunzehnten Jahrhunderts belebt es sich aufs neue. Große Künstler, die bislang nur die hohe Kunst pfliegten, stellen nunmehr ihre Schöpferkraft auch wieder in den Dienst des Kunstgewerbes, der Innendekoration und der angewandten Graphik. Und bald darauf, etwa vom letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts an, setzt eine förmliche Hochflut in der Exlibrisproduktion ein, die bis heute ungeschwächt fortbesteht. Hervorragende Meister, wie Ed. v. Gebhardt, Hans Thoma und Max Klinger, nehmen sich des kleinen Blattes liebevoll an und es gibt fast keinen namhaften Künstler der Gegenwart, der das Bücherzeichen nicht mehr oder weniger kultiviert.

In kunstgeschichtlicher Hinsicht ist es im höchsten Maße interessant, an diesen kleinen, reizvollen Blättern verfolgen zu können, wie sie sich dem jeweiligen Kunststil und der herrschenden Mode anschnügen. Zur Zeit der Gotik meist noch grob hergestellt, erreicht das Exlibris in der deutschen Renaissance bereits seine feine künstlerische Durchbildung, paßt sich dann dem phantastischen und pomphaften Barock an, gleitet allmählich zum graziösen, verschnörkelten Rokoko über und versteht es, sich ebenso gefällig und bereitwillig dem edlen und schlichten Zopfstil einzuordnen. Das neunzehnte Jahrhundert brachte leider keinen einheitlichen Kunststil hervor. Es wurden der Reihe nach alle historischen Stile angewandt, und doch gelang es keiner dieser flüchtigen Epigonen Perioden ihren künstlerischen Erzeugnissen einen gemeinsamen Zug aufzudrücken. Trotzdem sind die ursprünglichen Kunstrichtungen der Gegenwart, wie der Impressionismus und selbst der moderne Expressionismus, nicht spurlos am Exlibris vorübergegangen. Selbst das in der hohen Malerei der Neuzeit bevorzugte landschaftliche Stimmungsbild hat dem Bücherzeichen zum Vorbild gedient. Auch die Entwicklung der Ornamentik und Heraldik von Spätgotik bis zur Gegenwart, läßt sich am Exlibris gut verfolgen. Was uns Graphikern jedoch die größte Teilnahme am Exlibris sichert, ist nicht allein der künstlerische Gehalt der Blätter, sondern auch die Art ihrer drucktechnischen Vielfältigkeit. Wenn sich auch die graphischen Künste vom Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts bis zur Gegenwart in der Geschichte des Exlibris nicht ganz lückenlos widerspiegeln, so ist dennoch die Entwicklung der Graphik in ihren Grundzügen im Werdegang des Bücherzeichens scharf zu erkennen. Der markante Holzschnitt und der harte Stahlstich, die mannigfachen Techniken der Radierung (Kupferstich) sowie die ein- und mehrfarbige Lithographie haben sich gleich liebevoll des kleinen Blattes angenommen. Neuerdings pflegt man auch auf typographischen und photomechanischen Wege das Exlibris zu vielfältigen, doch werden diese Drucke künstlerisch

— obgleich oft von talentvollen Künstlern entworfen — nicht so hoch bewertet, weil hierbei nicht von Originalkunst, sondern nur von Reproduktion die Rede sein kann.

Ist für uns das Bucherzeichen hauptsächlich durch seinen künstlerischen Gehalt wertvoll, indem es bereites und reizvolles Zeugnis von seinem Schöpfer ablegt und kunstgeschichtlich wichtige Aufschlüsse gibt, so darf doch andererseits seine große Bedeutung in psychologischer, sitten- und literarischer Beziehung nicht übersehen werden. Wir müssen uns zwar in dieser Hinsicht kurz fassen und erwähnen nur, daß sich unter den Exlibrisbesitzern aller Zeiten hervorragende Gelehrte, Politiker und Feldherrn, Künstler, Dichter, Kaufleute und Fürsten befanden und uns aus ihren Blättern interessante und charakteristische Züge zur Kenntnis ihrer Persönlichkeit entgegenleuchten. Sinnreiche Verse oder Wahl- und Wappensprüche, in Verbindung mit Allegorien Heraldik, zieren die Blätter. Mit humorvollen Mahn- und Drohworten wird der Entleiher zum vernünftigen und schonenden Gebrauch des Buches aufgefordert. Sogar mit derben Flüchen wird dem Dieb des Buches ins Gewissen gerufen. In den meisten Fällen wird jedoch auf Worte verzichtet und nur der Name in künstlerischer Form mit der übrigen Zeichnung des Blattes verbunden. Die Vorliebe der Besitzer eines Bücherzeichens wurzelt vielfach darin, den Gegenstand der Darstellung auf dem Blatte mit ihrer Person oder ihrem Namen in nähere Beziehung zu bringen. Der Daseinszweck eines Bücherzeichens ist indessen auch ohne sinnbildliche Beziehungen zu seinem Besitzer erfüllt und kann in nur rein dekorativer Form ein Buch ebenso schön schmücken und schützen und noch geschmackvoller Wirken als erzählende Szenarien oder überladene Allegorien. Die befriedigende Lösung zu finden bleibt immer dem Feingefühl des Künstlers überlassen. Wir besitzen zahlreiche Blätter, die Schillers allgemeine Kunstforderung, im kleinsten Punkt die größte Kraft zu sammeln, buchstäblich erfüllen.

Ein reger Sammler hat sich seit längerem der Bücherzeichen bemächtigt und in besonderen Zeitschriften und Vereinen wird allenthalben die Exlibriskunst gewürdigt und gepflegt. Es muß aber betont werden, daß das Exlibris ein Bestandteil des Buches ist und nicht losgelöst vom Buche dem Sammelport dienen soll, weil es dann seinen Nährboden verliert, mit dem es verwachsen ist. Wer nur immer Gelegenheit hat, eine größere Sammlung dieser Blätter sehen zu können, sollte sich den unendlich schönen Reiz derselben nicht entgehen lassen.

M. Schamberger, Lübeck.

Feuilleton.

Eingegangene Schriften.

Die Sozialisierung, ihre Aufgabe und ihre Form von Dr. Eduard Heimann, vormals Geschäftsführer der Sozialisierungskommission. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 1,— Mk. In einer Zeit, da alles von Sozialisierung spricht, wird es den meisten erwünscht sein, zu erfahren, was man darunter versteht und wie man sich eine solche, die gesamte Volkswirtschaft umbauende Maßnahme vorzustellen hat. Ein Bild davon in gemeinverständlicher Form gibt der vorliegende Vortrag.

*) Das Wort Exlibris, vom lat. ex-libris, d. i. aus den Büchern, hat sich international eingebürgert. Der gebräuchlichste deutsche Ausdruck dürfte Bücher- oder Bücherzeichen sein. Neuerdings ist auch Bucheigner- oder Bibliothekzeichen eingeführt.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunit kostenlos. — KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50. Fernruf: Moritzplatz 12289.

Ledersohlen

zusammengesetzte für Herren 4,— Mk., für Damen 3,50 Mk. Probenpaar gegen Einsendung von 3,— Mk. auf Postcheckkonto Berlin 24 000. Eckhoff, Halensee.

Teilhaber

mit 15—20000 Mk. Oder Anschluss an kapitalkräftige Drucker etc. sucht bahnbrechende, moderne Zeitschrift (nichtpolitisch). Kolossaler Aufschwung. Überschuss jährlich mindestens 70—80000 Mk. Freie Schrift, Berlin-Neukölln, Dethlefsdorferstr. 8.

Stellenangebote

Farbenlichtdruck-Maschinenmeister

sucht Albert Frisch, BERLIN W. 35, Lützowstr 66.

Rotationsdrucker

für Plakatdruck an einer Johannsberger Maschine. Nur erste Kräfte wollen sich unverzüglich melden. Dinsc & Eckert, BERLIN, Köpenickerstr. 40 41.

Zum baldigen Antritt suchen wir einen flott arbeitenden, Ideenreichen

kunstgewerblichen

ZEICHNER (evtl. Lithographen)

zum Entwurf feinsten Reklamearbeiten neuester Richtung in selbständige Stellung. Ausführl. Bewerbung und Muster erbeten an

Hoffmann & Reiber, Graphische Kunstanstalt, Görhlitz in Schlesien.

Einige Formstecher

sucht durch den Arbeitsnachweis Friedr. Schreier, Hildesheim-Meritzberg. Möblierte Zimmer sind zu haben.

„Betromit“ Schnellrockentmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamsten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ Druckpaste — speziell für schlecht zuverdrückende Farben und Papiere.

„Enol“ Drucktinte — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goliad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich. empfiehlt.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49. Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Wir suchen zum baldigen Eintritt durchaus gewandte

Kupferdrucker

für den Druck von mehrfarbigen Gravuren. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsforderungen an D. & R. Bischoff, Verlagsanstalt, München, Wurzerstraße 10.

Zwei bis drei tüchtige

Messingstecher

durch den Nachweis gesucht.

O. Keller, Formstecherei, Dessau.

Stellengesuche

Maler und Lithograph unverheiratet, sicher und flott in kleinen und großen Arbeiten, Retuscheur, Präparateur und Farbtücher sucht Stellung, evtl. Ausland. Joh. Krohn, Berlin-Tempelhof, Borussiastr. 62.